

02/2024

VERHANDLUNGSSCHRIFT

zur außerordentlichen öffentlichen Sitzung des
GEMEINDERATES
am Mittwoch, 10. April 2024, 19:00 Uhr
im Rathaus, Ortsparlament

SPÖ-Gemeinderatsfraktion:	Bürgermeisterin 1. Vizebürgermeister Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderätin Gemeinderat	Vera Pramberger als Vorsitzende Mag. Stipo Luketina Dr. Markus Ringhofer Friedrich Weiermayer Sabine Eiler Daniel Radner Ivana Suban-Coric Norbert Ploberger
ÖVP-Gemeinderatsfraktion:	2. Vizebürgermeister Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderat Gemeinderätin Gemeinderätin	Alexander Hauser Michael Feldmann Mag. Wolfgang Dilly, LL. M. Marlene Eckerstorfer, MA Karl Öllinger-Luwy Mario Winkler Cornelia Pöttinger Elisabeth Goppold
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion:	Stadträtin Fraktionsobmann Gemeinderätin Gemeinderat Gemeinderat	Mag. ^a Judith Oberdammer Valentin Walch Kathrin Quell, MA Lukas Oberdammer Thomas Scharl
FPÖ-Gemeinderatsfraktion:	Stadtrat Fraktionsobmann Gemeinderat Gemeinderätin	Mag. Christoph Colak André Schachner Walter Leitner Doris Kobler
Entschuldigt:	Siehe oben, nicht anwesende Personen durchgestrichen	
Ersätze:	Gemeinderat-Ersatz: Gemeinderat-Ersatz: Gemeinderat-Ersatz:	Lucas Bissels (ÖVP) Stefan Kerbl (ÖVP) Wolfgang Berger (GRÜNE)
Vom Stadttamt: Schriftführer:	Amtsleiterin Hauptverwaltung	Mag. ^a Astrid Ruess-Prager Jakob Weiermair

SITZUNGSVERLAUF:

Die Vorsitzende eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Sie stellt fest, dass

- 1) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde;
- 2) die Verständigung an alle Mitglieder des Gemeinderats per E-Mail sowie per Bereitstellung auf der Intranetseite der Stadtgemeinde mit verkürzter Frist gemäß § 45 Abs. 4 GemO – unter Bekanntgabe der Tagesordnung – erfolgt ist und gleichzeitig an der Amtstafel öffentlich kundgemacht wurde;
- 3) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- 4) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 19. März 2024 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Stadtamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während dieser Sitzung noch zur Einsicht aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Vor Eingang in die Tagesordnung richtet die Vorsitzende einen herzlichen Dank an die Kinder des städtischen Kindergartens Hellerwiese für das kleine Geschenk in Form eines „Danke“-Steins, das diese für jede Mandatarin und jeden Mandatar erstellten.

TAGESORDNUNG:

1. **Voranschlag 2025+**
 - 1.1. **Errichtung eines Arbeitskreises „Analyse“**
 - 1.2. **Prozesseinleitung zur Analyse von budgetären Haushaltspositionen**
Beratungen und Beschlussfassungen

2. **Voranschlag 2024:**
 - 2.1. **Festsetzung des Dienstpostenplans**
 - 2.2. **Härteausgleichskriterien:**
 - 2.2.1. **Festlegung der Deckungsfähigkeit im Bereich 12 gemäß § 7 Oö. GHO**
 - 2.2.2. **Netto-Auszahlungen: Festlegung der haushaltswirtschaftlichen Sperre von 15 % gemäß § 14 Oö. GHO**
 - 2.3. **Beschlussfassung Voranschlag 2024**
 - 2.4. **Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan 2025-2028**
 - 2.5. **Festsetzung der im Voranschlag vorgesehenen Darlehensaufnahmen**
Neuerliche Beratungen und Beschlussfassungen

3. **Allfälliges**

1. Voranschlag 2025+

1.1. Errichtung eines Arbeitskreises „Analyse“

Die Vorsitzende führt aus, dass in der Folge der mehrheitlichen Ablehnung bei der Abstimmung über den Voranschlag 2024 in einem erweiterten Stadtrat, unter Teilnahme der Fraktionsobleute, damit verbundene Fragestellungen erörtert wurden und hat sich dabei herauskristallisiert, dass seitens der Fraktionen der Wunsch besteht, einen Prozess zur Analyse von Kostenstellen und Budgetposten insbesondere hinsichtlich möglicher Einsparungspotentiale für den Voranschlag 2025 und die Folgenden einzuleiten. Sie übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Ausschusses für Infrastruktur und Finanzen, Stadtrat Dr. Markus Ringhofer, der über die diskutierten und ausgearbeiteten Eckpunkte des Analyseprozesses berichtet. Ziel sei es, dass vor einem voraussichtlichen Beschluss des Voranschlags 2025 im März desselben Jahres erste Ergebnisse des Arbeitskreises präsentiert werden können. Er verweist auf die Budgetgruppen 1-9 und erklärt er, dass in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses die Gruppe 6 herausgegriffen und analysiert werden soll. Die Bearbeitung bzw. Analyse der Budgetposten soll in mehreren interfraktionell zusammengesetzten Arbeitsgruppen erfolgen.

Wechselrede:

- ◇ ÖVP-Fraktionsobmann Mag. Wolfgang Dilly, LL.M. findet es prinzipiell toll, dass der skizzierte Analyseprozess nunmehr gestartet wird. Ihm ist das Thema Finanzen in seiner Tätigkeit als Mandatar sehr wichtig und ist er der Meinung, dass dieses Thema bisher jahrelang stiefmütterlich behandelt wurde. Umso wichtiger ist es laut dem Fraktionsobmann, dass jetzt daran gearbeitet wird und ist er zuversichtlich, was den in die Wege geleiteten Prozess betrifft. Im Weiteren meint Fraktionsobmann Mag. Dilly, LL.M., dass in der Folge der mehrheitlichen Ablehnung des Voranschlags 2024 bei der Gemeinderatssitzung am 19. März 2024 mehrere Gerüchte und Meinungen kursierten und zitiert er auszugsweise zur aktuellen Situation der Gemeinde – die aktuell noch kein beschlossenes Budget für das Haushaltsjahr hat – § 78 der Oö. GemO, wonach alle Mittelverwendungen bei sparsamster Verwaltung zu leisten sind, um die bestehenden Gemeindeeinrichtungen im geordneten Gang zu erhalten. Beim Freibad handelt es sich um eine Gemeindeeinrichtung: Er interpretiert „im geordneten Gang erhalten“ so, dass das Freibad bei entsprechender Witterung aufzusperren ist. Wenn man den Begriff „sparsamste Verwaltung“ hört, könnte man meinen, dass man das Freibad nicht aufsperrern dürfe. Dies ist laut dem Fraktionsobmann zu kurz gedacht und verweist er in diesem Zusammenhang auf die sogenannte „Deckungsbeitragsrechnung“, derzufolge sich, einfach ausgedrückt, bei einer Entscheidung zwei Fragen stellen, nämlich erstens, was durch die Entscheidung gewonnen und zweitens, was durch diese verloren wird. Am Beispiel des Freibads sind laut dem Fraktionsobmann der Gewinn die Erlöse durch die Eintritte, und als Verlust die eher geringen Ausgaben für das gemeindeeigene Wasser, etwas Strom sowie die Kosten für etwas Personal, beispielsweise im Kassadienst anzusehen. Der Fraktionsobmann ist sich sicher, dass der Deckungsbeitrag in diesem Fall positiv ausfällt, die Einnahmen höher als die zusätzlichen Ausgaben sind und es daher sinnvoll ist, das Freibad, auch im Voranschlagsprovisorium, aufzusperren. Er habe sich, wie er es zu tun pflege, zur Abklärung direkt an die Aufsichtsbehörde gewandt und die Auskunft bekommen, dass, wenn man es so wie vom Fraktionsobmann geschildert argumentieren könne, man auch das Freibad in der aktuellen Situation aufsperrern könne.

Rechtlich macht es, so der Fraktionsobmann, keinen Unterschied, ob ein Budget noch nicht beschlossen oder es abgelehnt wurde. Man befinde sich somit in derselben Situation wie im letzten Jahr, als das Budget 2023 noch nicht beschlossen und das Freibad ebenfalls zur Saison geöffnet wurde. Das Gerücht, wonach man das Freibad aufgrund der mehrheitlichen Ablehnung des Voranschlags heuer nicht aufsperrern könne, stimmt daher nicht.

Zum eingeleiteten Budget-Analyseprozess erklärt Fraktionsobmann Mag. Dilly, LL.M., dass dieser nicht nur auf der operativen Ebene durchgeführt, sondern auch ganzheitlich betrachtet werden muss. Es gelte, Zielvorstellungen für die Entwicklung der Gemeinde zu definieren, um in der Folge den entsprechenden Einsatz der Budgetmittel einzuteilen. Somit seien die Finanzen der Stadtgemeinde niemals isoliert von den Zielvorstellungen, sondern gesamthaft zu betrachten. Dem Fraktionsobmann ist im Zuge der Diskussionen rund um den Analyseprozess noch nicht klargeworden, welche Rolle die Bürgermeisterin bei diesem einnehmen

möchte. Er richtet daher die Bitte an die Bürgermeisterin zu erklären, wie sie ihre Rolle beim Analyseprozess sowie dessen Zielsetzung sieht. Der Fraktionsobmann ersucht vor dem Tagesordnungspunkt 2 um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um sich innerhalb seiner Fraktion austauschen zu können und die Beiträge und Erkenntnisse aus der Wechselrede in die Entscheidungsfindung einfließen zu lassen.

- ◇ Die Vorsitzende repliziert, dass ihre Rolle als Bürgermeisterin in vielen rechtlichen Abbildungen dargestellt ist. Wer sie in ihrer über 20-jährigen kommunalen Tätigkeit beobachte, wisse, dass sie immer das Beste für Kirchdorf wolle. Ihre Verantwortung bei einem abgelehnten Budget, so die Vorsitzende, sei im Zusammenhang mit dem höchsten Gremium der Stadtgemeinde, dem heute zusammengetretenen Gemeinderat, zu sehen. Das Gremium als Ganzes und jede Mandatarin, jeder Mandatar habe daher seine Verantwortung für die Finanzen und das Budget der Stadtgemeinde zu übernehmen. Dieses sei Grundlage für alle weiteren Entscheidungen. Sie appelliert daher an die Mandatarinnen und Mandatate, sich genau zu überlegen, wie sie abstimmen und wie man in Zukunft gemeinsam an Problemlösungen arbeiten möchte, vor allem im Sinne des eingeleiteten Analyseprozesses, an dem sich viele beteiligen müssen.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Einrichtung eines Arbeitskreises „Analyse“, der Teil des Finanzausschusses sein wird, und welcher – unter wechselnder Zusammensetzung – die Kontenklassen 1-9 durcharbeiten soll, die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinAuss., FinVerw.

➤ Beilage

1.2. Prozesseinleitung zur Analyse von budgetären Haushaltspositionen

Die Vorsitzende verweist auf die Ausführungen des Vorsitzenden des Ausschusses für Infrastruktur und Finanzen, STR Dr. Markus Ringhofer, unter TOP 1.1. und ergeben sich diesbezüglich keine zusätzlichen Fragestellungen.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Einleitung eines Prozesses zur Analyse von budgetären Haushaltspositionen die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinAuss., FinVerw.

➤ Beilage

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung für eine zehnminütige Pause.

2. Voranschlag 2024:

Die Vorsitzende führt aus, dass bereits im Rahmen der letzten Gemeinderatssitzung am 19. März 2024 umfangreich über den Inhalt des Zahlenwerks ‚Voranschlag 2024‘ informiert wurde und, dass es seitens der Fraktionen dezidiert keine Änderungswünsche gab bzw. kein Änderungsantrag eingebracht wurde, da man sich auf den eingeleiteten Analyseprozess fokussieren wolle. Sie übergibt das Wort an den Vorsitzenden des Ausschusses für Infrastruktur und Finanzen, STR Dr. Markus Ringhofer und informiert dieser anhand einer Power-Point-Präsentation nochmals überblicksmäßig über die einzelnen Positionen des Voranschlags 2024, wie diese bereits in der letzten Gemeinderatssitzung ausführlich erläutert wurden. Des Weiteren berichtet er über die Beschlussfassungen in der letzten Gemeinderatssitzung zu jenen Tagesordnungspunkten, die nunmehr zur neuerlichen Beschlussfassung vorliegen.

Wechselrede:

- ◇ STR Mag. Christoph Colak bedankt sich bei den Kindern des Kindergartens Hellerwiese für die erhaltenen „Danke“-Steine. Er stellt fest, dass man im Gremium des Gemeinderats rund drei Wochen nach der Budgetsitzung, nun wieder zu einer dringlich einberufenen Sitzung zusammenkommt, wobei er die Dringlichkeit und Rechtmäßigkeit in Frage stellt. Er dankt für die bereits erfolgten Vorarbeiten rund um die Errichtung des Arbeitskreises „Analyse“ und freut er sich auf die diesbezügliche Zusammenarbeit. Er kommt im Folgenden auf das Verhalten einiger Personen nach der mehrheitlichen Ablehnung des Voranschlags 2024 im Rahmen der letzten Gemeinderatssitzung am 19. März 2024 zu sprechen: Es habe sehr viele Gerüchte wie etwa, dass das Freibad zugesperrt werde, der Kindergarten ausgelagert werde und dgl. mehr, gegeben. Er spricht in diesem Zusammenhang die SPÖ-Fraktion an, die u. a. in ihrer Aussendung vom Drohen massiver Kürzungen beim Personal- und Vereinswesen geschrieben hat, und fragt sich, wo diese die entsprechenden Informationen hergenommen hat. Alles dies sei niemals Thema gewesen, kein Vertreter irgendeiner Fraktion habe davon jemals gesprochen. Umso unverständlicher findet es Stadtrat Mag. Colak, dass dies in der offiziellen Aussendung der SPÖ-Fraktion zu lesen war und kann er nur einen Sinn in diesem Vorgehen – nämlich eine absichtliche Verunsicherung der Bevölkerung – erkennen. Die politischen Gegner, die seines Erachtens den Voranschlag 2024 in der letzten Sitzung des Gemeinderats zu recht abgelehnt hat, solle damit diskreditiert und schlecht gemacht werden. Es wundert ihn daher nicht, dass die SPÖ-Fraktion in einer der letzten Sitzungen des Gemeinderats gegen die „On-Demand“-Verfügbarkeit der Videoaufzeichnungen der Gemeinderatssitzungen gestimmt hat, denn hätte man diese, könne man nunmehr nachsehen, was tatsächlich gesagt wurde. Wenn man mit Argumenten nicht mehr weiterkomme, müsse man zum „Märchenonkel“ werden. Er vergleicht das Verhalten der SPÖ-Fraktion mit dem eines Feuerwehrmannes, der selbst ein Haus anzündet, den Brand löscht und sich anschließend als Retter darstellt. Er findet dies sehr verwerflich und ist überzeugt, dass dies die Bevölkerung auch versteht. Ob das Budget einmal oder mehrmals abgelehnt wird, so der Stadtrat, hat rechtlich keinerlei Konsequenzen. Demnach unterscheidet die Gemeindeordnung nur zwei Fälle, entweder hat die Gemeinde am 1. Jänner einen Budgetbeschluss oder eben nicht. Warum ein solcher nicht vorliegt, sei rechtlich irrelevant. Letztes Jahr wurde das Budget erst im Juni beschlossen und die beschriebene Aufregung habe es damals nicht gegeben. Wenn mit 1. Jänner kein Budget in der Gemeinde beschlossen ist – was er im konkreten Fall des letztjährigen Budgets aufgrund der intensiven Einarbeitung entsprechend der Härteausgleichskriterien nicht kritisiert, zu kritisieren sei vielmehr ein Abschieben von Verantwortung in diesem Jahr –, ist laut Gemeindeordnung die Bürgermeisterin bis zur Beschlussfassung des Voranschlags ermächtigt alle Mittelverwendungen zu leisten, die für einen geordneten Gemeindebetrieb erforderlich sind. Daher könne man es so machen, wie letztes Jahr und die entsprechenden Mittelverwendungen ohne große Diskussionen leisten oder wie dieses Jahr den Stillstand erklären und nichts tun. Seine Fraktion, so der Stadtrat, sieht sich daher genötigt, nunmehr dem Budget zuzustimmen, schon alleine deshalb, damit es keine Ausreden mehr gebe, und für Kirchdorf endlich weitergearbeitet werde. Abschließend meint Stadtrat Mag. Colak, dass man politische Meinungen vertreten kann, jedoch mit Unwahrheiten hausieren zu gehen, hält er für sehr problematisch und kann er sich nicht vorstellen, dass jeder einzelne in der SPÖ-Fraktion das gut findet. Er möchte daher an das Gelöbnis der Gemeindemandatarinnen und -mandatäre erinnern, die Gesetze der Republik und des Landes Oberösterreich zu achten und die Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen sowie das Wohle der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern und denkt er, dass sich manche aus dem Gremium an dieses Gelöbnis wieder erinnern sollten.
- ◇ 2. VizeBGM Alexander Hauser erklärt, dass die ÖVP-Fraktion im Gemeinderat in den letzten Jahren das Budget mehrere Male abgelehnt hat, da die Sorge um die Finanzen der Stadtgemeinde intensiv war und man angesichts anwachsender Schulden keinen gangbaren Weg sah. Durch die Ablehnung des Voranschlags 2024 und den daraufhin eingeleiteten Prozess zur Analyse der Haushaltspositionen habe sich nunmehr ein Weg aufgetan, um die Finanzen wieder auf Kurs zu bringen und kündigt er aus diesem Grund eine Zustimmung seiner Fraktion bei der folgenden Abstimmung an.

- ❖ GRÜNE-Fraktionsobmann Valentin Walch blickt zu Beginn seiner Wortmeldung auf den Bürgermeister:innenwahlkampf im Sommer 2021 zurück, im Zuge dessen die SPÖ mit Plakaten der damaligen Bürgermeisterkandidatin mit dem Schriftzug „VERAntwortung“ warb. Das Bürgermeisteramt bringe große Verantwortung mit sich und umfasse auch die Erstellung und laufende Überwachung des Budgets. Der Gesetzgeber fordere, dass das Budget von der Bürgermeisterin erstellt werde, zwar nicht von ihr alleine, jedoch gemeinsam mit ihrem Verwaltungsapparat und Parteikolleginnen und -kollegen. Die Verantwortung liege jedoch jedenfalls bei ihr und sollte sie daher auch die treibende Kraft bei der Erstellung des Budgets sein. Wenn er somit Fragen zum Budget und zu einzelnen Budgetposten hat und, so Fraktionsobmann Walch, keine einzige zufriedenstellend beantwortet wird, dann müsse er daran zweifeln, ob sie das Budget selbst erstellt hat, ob sie überhaupt bei der Erstellung dabei war, oder ob sie die Erstellung gänzlich ausgelagert und ohne strategische Vorgaben weiterdelegiert hat. Auch eine nachträgliche Auseinandersetzung mit dem Budget seitens der Bürgermeisterin, sodass sie dazu Fragen beantworten könne, scheint dem Fraktionsobmann fraglich. Er bedankt sich im Folgenden ausdrücklich bei der Finanzabteilung der Stadtgemeinde und deren Leiterin für die Ausarbeitung des Budgets sowie bei Finanzstadtrat Dr. Markus Ringhofer. Die Bürgermeisterin habe das Glück, dass sehr viele Personen im Gremium seien, die aktiv mitgestalten wollen, umso mehr wundert es ihn, dass sie die Hilfe nicht annehmen wolle und sie sich ganz im Gegenteil in Rechtfertigungen flüchte oder auf Konfrontationskurs gehe. Zur angesprochenen erweiterten Stadtratssitzung sei seitens der Bürgermeisterin, trotz dahingehender Bitten durch Mitglieder des Gemeinderats, kein Konzept ausgearbeitet und präsentiert worden. Stattdessen sei wiederum ein Zuschieben von Verantwortung an andere zu beobachten gewesen, bei einer über zweistündigen Diskussion sei seitens der Bürgermeisterin kaum mitgewirkt worden und ist der Fraktionsobmann überzeugt, dass diese bei dem nun eingeleiteten Analyseprozess nicht einmal mitarbeiten wolle.
- Der Fraktionsobmann findet den Umgang der Bürgermeisterin mit der Situation, dass es kein beschlossenes Budget gibt, wie sie sich nach der letzten Sitzung des Gemeinderats am 19. März 2024 ergeben hat, unglaublich. Die Bürgermeisterin ist laut Gesetz ermächtigt, sämtliche Mittelverwendungen, die für den Betrieb erforderlich sind, alleine zu leisten. Die Bürgermeisterin kommuniziere es jedoch ganz anders, nämlich dahingehend, dass durch die ÖVP-Fraktion, die FPÖ-Fraktion und durch ihn selbst das Budget abgelehnt wurde und deshalb nichts gezahlt werden, niemand eingestellt werden könne und alles zugesperrt werden müsse. Das sei „Schwachsinn“ – dass man hier bewusst schlechte Stimmung erzeuge, Verunsicherung in die Belegschaft bringe und mit den Emotionen der Bevölkerung spiele, sei absolut verwerflich und entbehrlich. Wenn sie die Verantwortung nicht übernehmen und die Ausgaben nicht machen wolle, sei es ihre Entscheidung, die Bürgermeisterin solle das aber nicht ihm, Fraktionsobmann Walch, in die Schuhe schieben. Er ortet seitens der Bürgermeisterin eine „Täter-Opfer-Umkehr“. Er fühlt sich von den Wahlplakaten der SPÖ aus dem Wahlkampf im Sommer 2021 belogen. Falls er heute dem Budget zustimmt, dann nur, weil er möchte, dass die Bediensteten wieder etwas ruhiger schlafen können, da sie wissen, dass sehr wohl freigewordene Stellen wieder nachbesetzt werden. Auch weil er möchte, dass sich die Eltern keine Sorgen machen müssen, ob ihre Kinder auch im Herbst in den Kindergarten einer Nachbargemeinde gehen dürfen und weil er möchte, dass sich die Bevölkerung jetzt schon auf die Freibadsaison freuen kann und jungen Menschen ein Ferienjob bzw. eine Lehrstelle gegeben werden kann. Jedoch stimme er dem Budget sicher nicht deshalb zu, weil er von der Strategie der Bürgermeisterin überzeugt oder davon beeindruckt sei, wie gut sie Verantwortung übernimmt.

2.1. Festsetzung des Dienstpostenplans

Die Vorsitzende verweist auf die beiliegenden Unterlagen zum Dienstpostenplan und ergeben sich seitens der Mandatarinnen und Mandatare keine weiteren Fragen, da dieser TOP bereits in der Sitzung des Gemeinderats vom 19. März 2024 behandelt wurde.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, dem vorliegenden Dienstpostenplan die Zustimmung zu erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: PersAbtlg., FinVerw. ➤ Beilage

2.2. Härteausgleichskriterien:

2.2.1. Festlegung der Deckungsfähigkeit im Bereich 12 gemäß § 7 Oö. GHO

Die Vorsitzende verweist auf die beiliegenden Unterlagen zur Festlegung der Deckungsfähigkeit im Bereich 12 gemäß § 7 Oö. GHO und ergeben sich seitens der Mandatarinnen und Mandatäre keine weiteren Fragen, da dieser TOP bereits in der Sitzung des Gemeinderats vom 19. März 2024 behandelt wurde.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge der Festlegung der Deckungsfähigkeit im Bereich 12 gemäß § 7 Oö. GHO die Zustimmung erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinVerw. ➤ Beilage

2.2.2. Netto-Auszahlungen: Festlegung der haushaltswirtschaftlichen Sperre von 15 % gemäß § 14 Oö. GHO

Die Vorsitzende verweist auf die beiliegenden Unterlagen zur Festlegung der haushaltswirtschaftlichen Sperre von 15 % gemäß § 14 Oö. GHO und ergeben sich seitens der Mandatarinnen und Mandatäre keine weiteren Fragen, da dieser TOP bereits in der Sitzung des Gemeinderats vom 19. März 2024 behandelt wurde.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge der Festlegung der haushaltswirtschaftlichen Sperre von 15 % gemäß § 14 Oö. GHO die Zustimmung erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinVerw. ➤ Beilage

2.3. Beschlussfassung Voranschlag 2024

Die Vorsitzende verweist auf die beiliegenden Unterlagen, die Behandlung des Voranschlags 2024 in der Gemeinderatssitzung am 19. März 2024 sowie auf die bereits erfolgten Ausführungen und Wortmeldungen in der heutigen Gemeinderatssitzung.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge dem Voranschlag 2024 die Zustimmung erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinVerw. ➤ Beilage

2.4. Mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplan 2025-2028

Die Vorsitzende verweist auf die beiliegenden Unterlagen zum Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan 2025-2028 und ergeben sich seitens der Mandatarinnen und Mandatare keine weiteren Fragen, da dieser TOP bereits in der Sitzung des Gemeinderats vom 19. März 2024 behandelt wurde.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge dem Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan 2025-2028 die Zustimmung erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinVerw.

➤ Beilage

2.5. Festsetzung der im Voranschlag vorgesehenen Darlehensaufnahmen

Die Vorsitzende verweist auf die beiliegenden Unterlagen zur Festsetzung der im Voranschlag vorgesehenen Darlehensaufnahmen und ergeben sich seitens der Mandatarinnen und Mandatare keine weiteren Fragen, da dieser TOP bereits in der Sitzung des Gemeinderats vom 19. März 2024 behandelt wurde.

Antrag (Bürgermeisterin Vera Pramberger) und Beschlussfassung:

Die Vorsitzende stellt sodann den Antrag, der Gemeinderat möge den im Voranschlag vorgesehenen Darlehensaufnahmen die Zustimmung erteilen.

Die Abstimmung ergibt vollinhaltliche, einstimmige Annahme durch Handerheben.

JA	NEIN	STIMMENTHALTUNG
25	0	0

Intern: FinVerw.

➤ Beilage

3. Allfälliges

- ◇ STRⁿ Mag.^a Judith Oberdammer nimmt die Gelegenheit wahr, nochmals auf den Termin Samstag, 20. April, 09:30 Uhr, ASKÖ-Parkplatz, für die „Hui statt Pfui“-Flurreinigungsaktion hinzuweisen. Sie freut sich über weitere Anmeldungen zu der gemeinsamen Aktion.

Ende: 20:10 Uhr


.....
Vorsitzende
Bürgermeisterin Vera Pramberger


.....
Schriftführer
Jakob Weiermair

BEURKUNDUNG

Die Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift vom 10. April 2024 keine Einwendungen erhoben wurden.

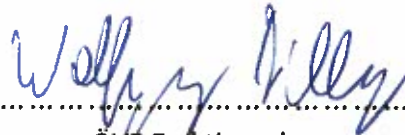
Kirchdorf, am 30. April 2024



.....
Vorsitzende



.....
SPÖ-Fraktionsobmann



.....
ÖVP-Fraktionsobmann



.....
GRÜNE-Fraktionsobmann



.....
FPÖ-Fraktionsobmann